

**Vorlagennummer:** 0425/2025  
**Vorlageart:** Vorschlag zur Tagesordnung  
**Status:** öffentlich

## Vorschlag der Fraktion BfHo

### hier: Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmerstraße

---

**Eingereicht am:**  
**Gestellt von:**

#### Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Bezirksvertretung Hohenlimburg (Entscheidung)	26.05.2025	Ö

#### Beschlussvorschlag

1. Die Bezirksvertretung Hohenlimburg bittet die Verwaltung erneut um einen aktuellen Bericht zur Situation im Umfeld der Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmer,

in der vorwiegend EU-Zuwanderer untergebracht sind.

2. Die Verwaltung wird erneut aufgefordert, die Situation mit ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zu befrieden und dabei ebenso sensibel wie zielführend auf die berechtigten Anliegen der Anwohner einzugehen.

#### Sachverhalt

s. Anlage

#### Anlage/n

1 - Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmer Vorlage (öffentlich)

2 - Anlage Wohnheim Unternahmerstraße Vorlage (öffentlich)



Herrn Bezirksbürgermeister  
Jochen Eisermann  
Rathaus Hohenlimburg

Hohenlimburg, 15.05.2025

Sehr geehrter Herr Eisermann,

die Fraktion Bürger für Hohenlimburg bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. Mai 2025 zu setzen:

## **Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmer**

**Beschlussvorschlag:** 1. Die Bezirksvertretung Hohenlimburg bittet die Verwaltung erneut um einen aktuellen Bericht zur Situation im Umfeld der Unterkunft für Wohnungslose in der Unternahmer, in der vorwiegend EU-Zuwanderer untergebracht sind.  
2. Die Verwaltung wird erneut aufgefordert, die Situation mit ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zu befrieden und dabei ebenso sensibel wie zielführend auf die berechtigten Anliegen der Anwohner einzugehen.

**Begründung:** Die Situation in der Unternahmer war zuletzt am 18. April 2025 Gegenstand von Beratungen in der Unternahmer. Ein vor wenigen Tagen verfasster, offener Brief von Anwohnern (siehe Anlage) belegt, dass die seither ergriffenen Maßnahmen nicht zu einer nachhaltigen Befriedung der Situation geführt haben.

Gespräche mit Anwohnern werfen bei der Antrag stellenden Fraktion zudem Fragen auf. So erscheint es befremdlich, dass es trotz der Anwesenheit eines Sicherheitsdienstes fortlaufend zu Verfehlungen kommt, ohne dass der Sicherheitsdienst wirksam einschreitet. Ebenso gab es offenbar mehrere Situationen, in denen auf dem Gelände des Wohnheims Schusswaffen zum Einsatz kamen und dies der Polizei gemeldet wurde. Solchen Meldungen ist aus unserer Sicht sofort nachzugehen; stattdessen schildern die Hinweisgeber, dass die Polizei erst mit erheblicher Verspätung vor Ort eintraf und den Anwohnern einreden wollte, es habe sich ja wahrscheinlich eher um Fehlzündungen gehandelt. „Abwiegeln“ und „Wegleugnen“ sind keine geeigneten Strategien im Umgang mit gewaltbehafteten Verfehlungen, wenn Integration gelingen und extremistischen Kräften bei diesem Thema wirksam entgegengetreten werden soll.

Der Antrag verfolgt den Sinn, einen weiteren Beitrag zur Verbesserung des Zusammenlebens im Bereich des Wohnheims zu leisten. Es ist offensichtlich notwendig, die diesbezüglichen Bemühungen noch einmal zu optimieren und zu intensivieren.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Lotz  
Fraktion Bürger für Hohenlimburg

## Offener Brief der Nachbarschaft zur Situation an der Unterkunft Unternahmerstraße für obdachlose Familien aus Südosteuropa

Hohenlimburg, 13.05.2025

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, der Presse und der Politik, mit großer Sorge wenden wir, die Anwohnerinnen und Anwohner der Unternahmer/Willhelmstraße, uns an Sie. Die jüngsten Ereignisse - insbesondere die Messerstecherei zwischen den Anwohnern des Hauses- sind leider kein Einzelfall, sondern der traurige Höhepunkt einer langanhaltenden und für viele von uns kaum mehr erträglichen Entwicklung.

Seit geraumer Zeit gibt es in unmittelbarer Nachbarschaft zwei Unterkünfte: eine für Geflüchtete, mit der es keine nennenswerten Probleme gibt, und eine für obdachlose Großfamilien aus Südosteuropa. Letztere sorgt jedoch seit Jahren für erhebliche Belastungen im nachbarschaftlichen Miteinander und beeinträchtigt die Lebensqualität in unserem Wohnumfeld massiv.

Wir möchten ausdrücklich betonen, dass sich unsere Kritik nicht gegen die Herkunft oder Nationalität der Bewohner richtet. Es geht nicht um wer, sondern um wie. Es geht um Verhalten, um die wiederholte Missachtung grundlegender gesellschaftlicher Regeln und um das offensichtliche Scheitern jeglicher Integrationsbemühungen an diesem Standort.

Die Liste der Probleme ist lang und für viele Anwohner inzwischen Alltag:

- Lärm und lautstarke Musikbeschallung vom Vormittag bis in den späten Abend, die weder durch Gespräche noch durch das Ordnungsamt dauerhaft eingedämmt werden kann.
- Vermüllung der Nachbargrundstücke, darunter Fäkalien, benutzte Hygieneartikel, Haus- und Sperrmüll – ein Zustand, der nicht nur ekelerregend, sondern auch gesundheitsgefährdend ist.
- Aggressives Verhalten im öffentlichen Raum, insbesondere durch Kinder und Jugendliche, die auf privaten Grundstücken spielen, Zäune überwinden und Anwohner bedrängen.
- Häufige Polizeieinsätze, die das Ausmaß der Probleme widerspiegeln – in einem Quartal häufiger als im gesamten Rest der Umgebung zusammen.
- Schüsse, die von Anwohnern gemeldet worden sind. Die Polizei kam 2h (!) nach der Meldung und wiegelte ab, sie können jetzt auch nichts mehr tun.
- Und nun auch noch die gewalttätige Messerstecherei mit schweren Verletzungen am 06. April.

Ein Security-Dienst wurde vor geraumer Zeit beauftragt und ist vor Ort. Dieser schafft es allerdings nicht, das o.g. Verhalten einzudämmen oder gar zu verhindern!

Diese Entwicklungen lassen viele von uns verzweifelt und ohnmächtig zurück. Die Maßnahmen, die bislang getroffen wurden – etwa die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes – greifen nicht, und es entsteht der Eindruck, dass die betroffenen Familien trotz zahlreicher Verstöße keinerlei Konsequenzen zu fürchten haben.

Wir fragen uns:

Wie kann es sein, dass Menschen, denen unsere Gesellschaft Hilfe anbietet, über Jahre hinweg keinerlei Bereitschaft zeigen, sich an Regeln des Zusammenlebens zu halten?

Wie kann es sein, dass Behörden zwar ständig präsent sind, aber offenbar ohne nachhaltige Wirkung?

Wie kann es sein, dass unsere berechtigten Sorgen und Hinweise in der öffentlichen Berichterstattung als „Befindlichkeiten“ abgetan und in einem latent fremdenfeindlichen Kontext dargestellt werden?

Wir möchten nicht, dass durch Ignoranz und Verharmlosung solcher Probleme der gesellschaftliche Zusammenhalt weiter gefährdet wird. Denn genau das geschieht, wenn reale Missstände nicht offen angesprochen werden dürfen, ohne dass einem Fremdenfeindlichkeit unterstellt wird.

Unsere Forderung ist klar:

Wir erwarten von den zuständigen Behörden endlich wirksame, durchsetzbare Maßnahmen.

Wir erwarten klare Regeln und deren konsequente Umsetzung – unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Und wir erwarten, dass unsere Hinweise ernst genommen werden – nicht nur, wenn etwas eskaliert, sondern auch im Vorfeld.

Denn wenn Menschen das Gefühl haben, mit ihren Sorgen allein gelassen zu werden, wenn der Staat an dieser Stelle als machtlos erlebt wird, dann wächst Frust und Angst. Und dieser Frust und diese Angst ist der Nährboden für die Haltungen, vor denen wir uns alle gemeinsam fürchten sollten.

Wir wollen keine Stimmung machen – wir wollen, dass man sich dieser Situation ernsthaft stellt. Für ein respektvolles und sicheres Miteinander.

**Mit freundlichen Grüßen**

**■■■■■■■■■■, Sprecherin der Unternahmer Nachbarschaft**